



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 16.12.2009

AN/1961/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	11.01.2010

Feststellung der Rechtswidrigkeit diverser Wahlen in der Ratssitzung vom 19.11.2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu nehmen und zu behandeln:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt Köln stellt hiermit fest, daß die in der 3. Ratssitzung vom 19.11.2009 unter

- a) Top 5.1. Bildung der 13. Landschaftsversammlung Rheinland;
- b) Top 5.2.1: Zweckverbandsversammlung Sparkasse
- c) Top 5.2.3.: Zweckverbandsversammlung Rhein-Sieg (VRS)
- d) Top 5.4.1.: Stadtwerke Köln GmbH (SWK)
- e) Top 5.4.4: Kölner Verkehrsbetriebe (KVB)
- f) Top 5.4.6.: Köln-Bäder GmbH
- g) Top 5.4.8.: Abfallentsorgungsbetriebe Köln GmbH & Co KG (AVG)
- h) Top 5.4.9: Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK)
- i) Top 5.5.1.: GAG Immobilien AG
- j) Top 5.5.3.: Koelnmesse GmbH
- k) Top 5.5.11.: Kölner Sportstätten GmbH
- l) Top 5.7.3.: Vertreter für den Polizeibeirat

gefassten Beschlüsse zu den Gremienwahlen rechtswidrig sind.

Der Hauptausschuss beauftragt weiterhin die Verwaltung, umgehend eine Neuwahl der

betreffenden Gremien vorzubereiten.

Begründung:

Die antragsgegenständlichen Punkte beziehen sich auf Gremienwahlen, die im Anschluß an die letzte Kommunalwahl durchgeführt wurden. Die Wahlvorschläge der Fraktion pro Köln sind in diesem Zusammenhang rechtswidrig übergangen worden, weil sich im Rat ein in seinen politischen Zielen nicht übereinstimmendes *ad-hoc*-Bündnis von Linkspartei, FW-KBB und „Deine Freunde“ gebildet hatte, daß aufgrund der mathematisch besseren Reststimmenverwertung das Quorum jeweils zu seinen Gunsten, also zu Lasten der Fraktion pro Köln verschoben hat. Den daraus resultierenden rechtswidrigen Beschlüssen soll mit diesem Antrag Abhilfe geschaffen werden. Insbesondere soll nach § 47 der GO des Rates diese Angelegenheit im Hauptausschuss vorberaten und geklärt werden, bevor die Angelegenheit im Rahmen eines Kommunalverfassungsstreites weiter geführt werden müsste.

Gez. Judith Wolter